Resolution des Rates der Stadt Meerbusch gegen einen Konverter in Osterath

Die „Dreiecksfläche in Kaarst“ ist im Rahmen des Standortsuchverfahrens, in dem mehr als 50 Standortbereiche auf ihre Eignung geprüft wurden, in den Gutachten aus 5/2015, 11/2015 und 6/2017 als bestgeeignetste Fläche für einen Konverter ermittelt worden. Eine Nutzbarmachung der Fläche scheitert daran, dass Anträge u.a. der Stadt Meerbusch, eine Ausnahme nach § 6 Raumordnungsgesetz für die Fläche im Regionalplan aufzunehmen, vom Regionalrat abgelehnt und der Regionalplan am 17. Dezember 2017 bezogen auf die Dreiecksfläche Kaarst in unveränderter Form als BSAB-Fläche beschlossen wurde.

Als Folge des bisherigen Abstimmungsverhaltens des Regionalrates muss die Stadt Meerbusch auch aufgrund der Erklärungen der Bundesnetzagentur sowie der Vorhabenträgerin Amprion beim runden Tisch „Regionaler Einfluss auf die Konverter-Standortfestlegung“ am 31.01.2018 auf Einladung des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW davon ausgehen, dass der bestgeeignetste Standort 20/Dreiecksfläche nicht Gegenstand der Bundesbedarfsplanung für das Ultranet sein wird sondern der Standort 2/Osterath mit einem Abstand zur geschlossenen Wohnbebauung von 200 m, bei östlicher Anordnung von 300 m auf die 1. Stelle rückt.

Beim Kriterienworkshop am 4. Dezember 2013 hatten alle Städte und Gemeinden und der RK Neuss den Abstand zur Wohnbebauung als wichtigstes Kriterium benannt. Mit der Begründung, der Abstand zur Wohnbebauung sei infolge einer Regelungslücke im Gesetz kein rechtssicheres Kriterium, könnte diese einvernehmliche Festlegung jetzt ad absurdum geführt werden, wenn der Regionalrat eine Nutzung der Dreiecksfläche nicht zeitnah grundsätzlich ermöglicht. Den Erfordernissen des Klimawandels und der Energiewende muss durch sachgerechte Antworten Rechnung getragen werden. Die Verweigerung des Regionalrates, den nach Feststellung der Gutachter bestmöglichen Standort grundsätzlich zu einer Realisierung zu verhelfen und Verweise auf fehlende Zuständigkeit wird das bisherige Verfahren nicht gerecht.

Der Rat der Stadt Meerbusch fordert den Regionalrat auf, so zeitnah die Voraussetzungen für eine Realisierung des Standortes Dreiecksfläche zu schaffen, dass die Bundesnetzagentur den Standort 20/Dreiecksfläche in der Bundesfachplanung für das Ultranet nicht ausschließen muss.